

Neues aus dem Neckartal und aus der Region

DIE LINKE.

Ortsverband Rottenburg

In Farbe auf
die-linke-rottenburg.de



Oktober 2022

Rottenburgs Kinderbetreuung vor dem Kollaps? Erste Veränderungen durch Elternprotest

In einer aufwändigen Umfrage des Gesamtelternbeitrags für die Kitas in Rottenburg (GEB) unter den 41 Einrichtungen, die 1.670 Plätze für Kinder über drei Jahren (Ü3) und 345 Plätze für Kinder unter drei (U3) haben, kam erschreckendes ans Tageslicht: Alle katholischen und städtischen Einrichtungen, d.h. 85 Prozent aller Einrichtungen, antworteten. Überbelegt sind die Kita Yalovastraße, die Pliksburg, der Dätzweg, Gut Betha und die Kita Seeborn. Im Kiga-Jahr 2020/2021 gab es in diesen Einrichtungen insgesamt 80 Tage mit verkürzten Öffnungszeiten und sogar 52 Tage mit Notbetreuung! Entgegen der weltfremden Behauptung von OB Neher, die Kitas hätten einen Personalstand von 105 Prozent, sprechen die täglichen Erfahrungen der Eltern eine andere Sprache.

Laut GEB fehlten aktuell mehr als 15 Fachkräfte. In St. Remigius können wegen Personalmangels nur fünf von sieben Gruppen geöffnet werden, sechs von 17 Stellen sind unbesetzt. Ganztagsbetreuung steht überall in den Sternen. Die Untersuchung liegt der Stadt und allen Gemeinderäten vor – herzlichen Dank!

Gründe für hohen Personalmangel

Die Leitung des Kindergartens Wendelsheim kritisiert die Überlastung, die seit Jahren vorhanden ist. Ein Grund ist

treuung und Aufsicht ersetzt. Dies führt zum großen Zeitaufwand für Elterngespräche und schriftlichen Dokumentationen, die die Erzieherinnen häufig außerhalb ihrer Dienstzeiten zu Hause anfertigen müssen.

Die Situation wird dadurch verschärft, dass die Geburten wieder zunehmen, die Zahl von Geflüchteten mit Kindern steigt und in vielen Städten wie Rottenburg Neubaugebiete aus dem Boden schießen. Weitere Gründe sind vermehrte Krankheitsausfälle durch Corona. Außerdem sind Erzieherinnen meist junge Frauen, die selbst in der Familiengründung sind und schwanger werden.

Junge Eltern und besonders Alleinerziehende stehen vor dem Chaos, wenn sie morgens auf dem Weg zur Arbeit erfahren, dass die Gruppe für ihr Kind geschlossen wurde, die Öffnungszeit nur bis mittags geht und sie schnell eine Ersatzunterbringung organisieren müssen. Häufig fehlt dann eine Ansprechpartnerin, an die sie sich wenden können. Doch der Arbeitsvertrag geht von der Vereinbarung von Beruf und Familie (einschließlich Kindern) aus. Die Kita-Krise stellt das jetzt grundsätzlich infrage!

Soziale Kommune. Solidarisches Europa.



der neue Orientierungsplan der Landesregierung, der erstmals den Bildungsauftrag des Kitas betont und die überholte Vorstellung von reiner Be-

>>>

Und weiter:

Stuttgart-21 in Maulkorb für die Denkmalschützer Seite 3

Hocketse am Steinbruch Frommenhausen Seite 4

Ölschieferabbau in Dotternhausen/Dormettingen Seite 6

Geheimniskrämerei ums Flugfeld-Wo bleibt die Transparenz? Seite 8



Je stärker **DIE LINKE.** desto sozialer die Stadt! Je stärker **DIE LINKE.** desto sozialer die Stadt! Je stärker **DIE LINKE.** desto sozialer die Stadt!

Rottenburg – kein Einzelfall

OB Neher behauptet, die schlechte Situation in unserer Stadt sei woanders noch schlimmer: In Tübingen sind laut Sozialbürgermeisterin Harsch 70 Stellen unbesetzt, in Reutlingen gibt es rund 700 Betreuungsplätze zu wenig (GEA, 4.10.2022) und in Mannheim finden aktuell 900 Kinder keinen Platz (Landesschau, 8.10.2022). Dann sollen die Kitas „eben ein paar Kinder mehr pro Gruppe“ aufnehmen (Grüne Landesvorsitzende Lena Schwelling). Solche Aussagen schrecken Berufsanfänger ab, sind zynisch und „der Gipfel der Ignoranz“, so die Leitung des Kindergartens Wendelsheim. Damit vertuschen die Grünen, dass im Ländle seit Jahren auf Kosten unserer Kinder gespart wird, Geburten- und Kinderzahlen heruntergerechnet und zu wenig Ausbildungsplätze für Erzieherinnen geschaffen werden.

Neue Planung notwendig

Kurzfristig brauchen wir ein Programm zur Personalgewinnung, um den Kollaps zu verhindern, z.B. durch QuereinsteigerInnen, durch eine Kooperation mit Tagespflege-Eltern, durch Schulfremdenprüfung. In Tübingen hat Kokon (Verband privater Kita-Träger) vor einem Jahr mit einer Ausbildungsinitiative in 15 Gruppen 26 Nachwuchskräfte ausgebildet. Wie wäre es, wenn Rottenburgs Stadtspitze von anderen Kommunen mal lernt?

Mittelfristig müssen die Fehler in der Personalplanung korrigiert werden: Sie darf nicht allein die (wachsende) Anzahl der Kinder berücksichtigen, sondern

muss die veränderte Arbeitsbelastung und familiäre Situation der Fachkräfte respektieren. Die Wertschätzung der schwierigen Erziehungs- und Bildungsarbeit muss sich gerade in der Reduzierung der (überhöhten) Arbeitsbelastung niederschlagen.

Die Stellenzahl sollte 130 Prozent betragen und damit Krankheit, Schwangerschaft und erhöhte Anforderungen durch den Orientierungsplan (Vorbereitungszeit, Elterngespräche und Dokumentation) umfassen. Für die Anleitung der Auszubildenden (PIA-Stellen) müssen die Leitungen mehr Zeit bekommen. Die Fachkräfte benötigen Fortbildung, besonders für sprachliche Förderung der Kinder, nicht nur der geflüchteten, sondern auch vieler deutscher Kinder! Die Grundschulen dürfen nicht länger mit den Sprachdefiziten aus den Kitas belastet werden. Selbst Bildungsministerin Theresa Schopper (Grüne) befürchtet, dass einige Kinder die Grundschule als Analphabeten verlassen könnten und fordert, „dass wir im frühkindlichen Bereich die sprachliche Bildung verbessern“. Denn werden die Kitas wie in den letzten Jahren weiter vernachlässigt, werden die „Reparaturkosten“ später um ein Vielfaches höher sein!

Kindertagespflege einbeziehen!

Zu einer Gesamtplanung der Stadt gehört die gleichberechtigte Einbeziehung der Tageseltern. Sie werden immer noch erbärmlich bezahlt und als billige Lückenbüsser benutzt, obwohl sie nach dem neuen Qualifizierungskonzept 300 Unterrichtsstunden ableisten müssen.

Die Inflation und die Energiepreise machen sich für sie drastisch bemerkbar, denn sie müssen für die von ihnen betreuten Kinder eine warme Stube haben, kochen, waschen, alles sauber halten. Deshalb hat der Landesverband Kindertagespflege bereits im Mai 2022 neun Forderungen verabschiedet, die für die maximal fünf Kinder u.a. eine sofortige Erhöhung auf 9,50 Euro pro Kind/ Stunde sowie Zuschläge für Kinder mit anderen Betreuungszeiten und mit besonderem Förderbedarf umfassen. Der aktuelle Sachkostenanteil von 1,74 Euro von 6,50 Euro pro Kind/ Std. deckt in keiner Weise die höheren Preise für Energie und Lebensmittel ab!

Erste Erfolge durch Proteste

In Ergenzingen sind aufgebrachte Eltern in die Ortschaftsratsitzung gegangen und haben längere Öffnungszeiten durchgesetzt, indem neue Fachkräfte eingestellt wurden. Die Elternvertreter an der Hohenberg-Kita haben ebenfalls wieder längere Öffnungszeiten, eine Küchenhilfe und eine Reparatur der baulichen Mängel (defekte Waschbecken, fehlende Abwaschmöglichkeiten) durchgesetzt. Diese kleinen Beispiele zeigen, öffentlicher Protest von Eltern und Erzieherinnen hat Wirkung. Er ist besonders wichtig bei den Haushaltsberatungen ab November und den Anträgen der Fraktionen dazu!



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg

Kurz und bündig

Strobl (CDU) für harte Hartz-IV-Sanktionen Innenminister spielt den sozialen Hardliner

Nicht nur die Arbeitslosigkeit im Ländle nimmt zu: Im August waren 241.500 Menschen in Baden-Württemberg ohne Job, 14.600 mehr als im Juli. Die Quote liegt bei 3,8 Prozent. Zugleich steigt die Inflation für Grundnahrungsmittel auf fast acht Prozent, die Energiekosten schießen durch die Decke. All das spielt für Strobl keine Rolle: Es gebe in Deutschland rund 1,9 Millionen offene Stellen und etwa 1,6 Millionen Hartz-IV-Empfänger, die arbeiten könnten, phantasierte der CDU-Politiker. Im Grunde genommen gebe es bereits heute ein bedingungsloses Grundeinkommen.

Dem widerspricht die Diakonie: "Arbeitslose wollen meist Arbeit finden": "Unsere Erfahrung ist, dass arbeitslose Menschen in den meisten Fällen auch arbeiten wollen, dass sie unter ihrer Situation leiden", so die Diakonie-Vorsitzende Annette Noller. "Menschen wollen ihren Beitrag leisten, sie wollen teilhaben. Wir müssen sie begleiten und fördern."

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Ein Maulkorb für die Denkmalschützer – Wie Stuttgart 21 durchgedrückt werden konnte

Das Landesdenkmalamt enthüllt, wie die Landesregierung schon früh kritische Beiträge zu S21 verhinderte – ein Eingriff sondergleichen.

Der Stuttgarter Hauptbahnhof (Bonatz-Bau) war unbestreitbar eines der bedeutsamsten Baudenkmale der Stadt. Er war anerkanntermaßen eines der frühesten deutschen Zeugnisse des neuen Bauens nach der Epoche der Gründerzeit. Seit dem Abbruch seiner Seitenflügel und dem Durchwinken erheblicher Umbauten hat er diese hohe Bedeutung aber unwiederbringlich verloren. Doch wie konnte es so weit kommen? Hatten die zur Verteidigung von Kulturdenkmalen per Gesetz bestellten Denkmalbehörden seinerzeit alle geschlafen? Diese Frage war seit Anbeginn der S21-Planung immer wieder gestellt worden.

Kürzlich erschien in der Stuttgarter Lokalpresse der nachfolgend zitierte Artikel: „Ein Maulkorb für die Denkmalschützer bei Stuttgart 21“ von **Andreas Müller – für viele Leser ein Paukenschlag und ein Tritt vors Schienbein der Landesregierung.**

Die Kämpfe um Stuttgart 21 liegen inzwischen lange zurück, doch vergessen sind sie keineswegs. Wenn neue Informationen darüber bekannt werden, mit welchen Mitteln das Bahnprojekt durchgesetzt wurde, schlagen die Wogen rasch wieder hoch. Zuletzt war das so, als nach jahrelangem Rechtsstreit Akten des Staatsministeriums offengelegt wurden. Darin ist dokumentiert, wie sich die Regierung Mappus nach dem Polizeieinsatz im Schlossgarten mit der „Schlichtung“ zu retten suchte – und den Kritikern die Verantwortung für wohlbekannte Schwächen des angeblich „bestgeplanten“ Vorhabens zuschieben wollte. Ohne „Lügen und Täuschungen“, folgerten die Gegner, wäre S21 nicht realisierbar gewesen. Aber auch ein von der Stadt Stuttgart geheim gehaltenes Gutachten, welches eine „Betriebspflicht“ der Panoramastrecke bescheinigt und somit eine Bebauung der freiwerdenden Gleisflächen infrage stellt, tauchte plötzlich auf und sorgte für Aufsehen.

Nun aber wurde bekannt, wie die Bedenken des Denkmalschutzes schon früh zum Verstummen gebracht wur-

den. Bereits vor 25 Jahren durften sich die Experten des Landesdenkmalamtes nicht, wie beabsichtigt, kritisch mit dem Teilabriss des Stuttgarter Hauptbahnhofes auseinandersetzen. Geplante Beiträge in ihrem Publikationsorgan fielen der Zensur zum Opfer.

Kürzlich aber feierte das „Nachrichtenblatt der Landesdenkmalpflege“ sein 50-jähriges Bestehen. Aus diesem Anlass erschien ein Rückblick,



in dem eher beiläufig aber unmissverständlich erwähnt wird, dass eine Broschüre zu den S21-Planungen im Sommer 1997 nicht erscheinen durfte. Auch in der Folgezeit seien Veröffentlichungen der Denkmalpflege zu diesem Thema nicht erwünscht gewesen, „um das laufende Verfahren nicht zu beeinflussen“.

Einzige Ausnahme: Im Jahr 2009, erschien eine Rezension des Buches von Matthias Roser mit dem Titel: „Der Stuttgarter Hauptbahnhof: vom Kulturdenkmal zum Abrisskandidaten“. Der Kunsthistoriker, dessen Familie dem Bahnhofsarchitekten Paul Bonatz eng verbunden ist, war „fassungslos“ über den geplanten Abriss der Seitenflügel; er sah darin ein „Massakrieren“ des Denkmals. Daraufhin protestierten Architekten aus aller Welt gegen die aus ihrer Sicht frevelhaften Pläne, nach denen vom Bonatz-Bau nur eine „Attrappe“ übrig bleibt. Doch am Ende mussten die Seitenflügel weichen, die Baupläne hatten Vorrang.

Insgesamt aber wurde „die Chance vertan, frühzeitig die Position der Denkmalpflege nach außen zu kommunizieren“, heißt es im Jubiläumsbeitrag. Dies nämlich hätte dem Landesamt Vorwürfe erspart und der späten Eskalation des Themas möglicherweise vorgebeugt.

Wegen der „großen politischen Bedeutung“ des Bahnprojekts habe man zwei den Denkmalschutz betreffende Beiträge dem Wirtschaftsministerium als damals oberster Denkmalschutzbehörde vorgelegt, wo sie jedoch „in der

vorliegenden Form abgelehnt“ wurden. Es sei „damals nicht gelungen, für die Veröffentlichung der fachlichen Argumente hinsichtlich des Bahnhofts-Neubaus eine angemessene Form zu finden“, heißt es im Rückblick. Ein für den Denkmalschutz hoch relevantes Thema darf im offiziellen Organ nicht behandelt werden – das gab es im Südwesten weder davor noch danach. Es handele sich um ein „einmaliges Ereignis in der Geschichte des Nachrichten-

blattes“, schreibt die Autorin. Immerhin habe Stuttgart 21 zu einem Umdenken im Land und zu einer neuen Beteiligungskultur bei Großprojekten geführt.

Der Bonatz'sche Bahnhof hatte es also schwer als schützenswert anerkannt zu werden. Die Pro-S21-

Werbekampagne wollte damit punkten, dass immerhin der Kopfbau des Bonatzbaus erhalten bleibt.

Diesen De-facto-Demütigungen der Denkmalpflege waren weitere gefolgt: Aus der Reihe der Verantwortlichen konnten die Seitenflügel als „Hüttenwerke“ oder gar als „Kruscht“ abqualifiziert, gar verhöhnt werden, ohne dass sich die Denkmalpfleger dagegen öffentlich hätten zur Wehr setzen dürfen, denn sie waren hinsichtlich des S21-Projektes zum Schweigen verurteilt worden. Denn das im Auftrag der Landesregierung tätige Regierungspräsidium war und ist als Höhere Denkmalschutzbehörde dazu berechtigt, bei einer Güterabwägung mit dem öffentlichen Denkmalschutz-Belang auch gegen die Interessen der Denkmalpflege abwägen zu können, insbesondere in Fällen, bei denen ein Landesinteresse besteht.

Man fragt sich, welche sonst noch S21 infrage stellenden Gutachten, Enthüllungen und dergleichen dahinschlummern und unter Verschluss gehalten werden. Damit auch diese endlich ans Licht kommen, werden wir auch weiterhin

O BEN BLEIBEN!

Gastbeitrag von **Jürgen Hückstädt**
Rottenburg

Hocketse am Steinbruch Frommenhausen

Regen Zulauf fand die Einladung der „Initiative gegen die Steinbruch-Erweiterung auf Kosten von Mensch und Natur“ Anfang Oktober. Mehr als 70 Interessierte aus allen Altersgruppen, darunter viele Jugendliche aus der Interessengemeinschaft Vogelschutz/ Hirrlingen genossen direkt am Kapffelsen bestes Herbstwetter, Kaffee, Kuchen und ein Bierchen an den Bänken und runden Tischen. Dafür hatten die Organisatoren Aaron Wagner, Alina Lipp und Emanuel Peter zusammen mit Unterstützung der Eltern gesorgt.

Vier Stadträtinnen und -räte der Grünen, der CDU und der Linken fanden sich oben auf dem Kapffelsen mit seiner herrlichen Aussicht ein – ein beliebter Aussichtspunkt für die Bevölkerung in Bietenhausen, Frommenhausen und Hirrlingen, der sich jetzt durch den Erweiterungsantrag der Bau-Union in großer Einsturzgefahr befindet.

Erweiterungsantrag der Bau-Union

Denn obwohl die Kapfhalde im neuesten Lärmaktionsplan Rottenburgs - vom Gemeinderat im März 2022 verabschiedet - ausdrücklich als „zusammenhängender Naturraum“ und „Spaziergebiet“ mit einer Größe von 11,8 Hektar

„grundsätzlich vor weiterer Verlärmung, insbesondere durch Verkehrswege und Gewerbeansiedlungen“ zu schützen ist, will die Bau-Union hier Tabula rasa machen. **Jährlich 800.000 Tonnen Muschelkalk, vornehmlich für Straßenbau, will sie an sechs Arbeitstagen durch 280 LKWs pro Tag abfahren lassen. Die Abbaufläche soll um 4,4 auf insgesamt 22,2 Hektar erhöht werden** – als Einstieg in weitere Flächen, durch die die Landwirtschaft, die Vielfalt der Natur und

die Gesundheit der Anwohner nachhaltig geschädigt wird. Die Zahl der Sprengungen und die Arbeitstage sollen um 40 auf 290 Tage im Jahr erhöht werden. Das ist unerträglich für das Ruhebedürfnis der Anwohner.



Foto: Emanuel Peter

Zehn thematische Plakate von Alina Lipp fanden großes Interesse und regten zu vielen Gesprächen an. Aaron Wagner zeigte auf einer Begehung anschaulich, wie groß die Flächenerweiterung in landwirtschaftlich genutzten Ackerböden reicht und 70 Meter in die Tiefe gehen wird. **Die Spaziergänger waren erschrocken über die Ausmaße und konnten gut nachvollziehen, dass die Vorrangfläche Dietstein gesperrt anstatt verpachtet gehört.**



Foto: Emanuel Peter

Hallmayer im Kreuzverhör

In einem „Offenen Brief“ an die Entscheidungsträger in Stadt, Landratsamt

und Landesregierung hatten Bürgerinnen und Bürger aus Frommenhausen, Hirrlingen und Bietenhausen bereits vor der Anhörung der Einwander gegen die Erweiterung in Rottenburgs Festhalle die „eklatanten Verstöße“ der Bau-Union in der Vergangenheit protestiert. **Denn die Firma hat bis heute ihre Verpflichtung unterlassen und hält die Obergrenze für die LKW-Fahrten nicht ein.** Frommenhausens Ortsvorsteher Hallmayer hatte einen schweren Stand, denn die Stadt will das Areal Dietstein verpachten, so dass das Naturschutzgebiet endgültig zerstört wird – so die Angst vieler Bürger. Hallmayer behauptete, die Stadt könne keinerlei Auflagen bei der Verpachtung machen.

Gemeinsamer Widerstand

Die Organisatoren hatten eine Liste ausgelegt, in die sich zahlreiche Interessenten aus Hirrlingen, Bietenhausen und Frommenhausen eintrugen, um ortsübergreifend weitere (Protest-) Aktionen zur Erhaltung des gesamten Gebietes zu vereinbaren.

Gegenwärtig wird im Landratsamt Tübingen über den Antrag der Bau-Union und die zahlreichen Einwände beraten. Alle sind gespannt, welche strengen Auflagen die Bau-Union erhält, um ihre Verpflichtungen einzuhalten und die Gesundheit der Anwohner und die Natur zu schützen!



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

„Bürgergeld“ statt Hartz IV – Nur das Türschild ausgewechselt? Scharfe Kritik der Sozialverbände

Als Teil des „Doppelwums“, d.h. des 3. Entlastungspakets feierte Arbeitsminister Hubertus Heil das neue Bürgergeld. Für den Sozialdemokraten „die größte Sozialreform seit 20 Jahren“, d.h. eben das, was die ehemalige Arbeiterpartei SPD noch unter Sozialpolitik versteht.

Ursprünglich sollten für die Berechnung des Regelsatzes nicht mehr die unteren 20 Prozent, sondern die unteren 30 Prozent der Einkommen berücksichtigt werden. Damit wäre das Bürgergeld um 50 Euro höher ausgefallen. Entgegen der Forderung der Sozialverbände, die galoppierenden Stromkosten endlich zusätzlich zum Regelsatz zu zahlen, bleiben sie Teil davon! Natürlich wird jede Kindergelderhöhung auch weiterhin voll auf den Regelsatz angerechnet, so dass die Schere zwischen armen und reichen Kindern (Butterwege) noch weiter aufgeht. Hatte der Paritätische Wohlfahrtsverband angesichts der Preissteigerungen den neuen Regelsatz mit 680 Euro errechnet, so sollen jetzt gerade einmal 502 Euro gezahlt werden. Sogar die grüne Jugend hatte vor der Wahl eine Erhöhung um 200 Euro gefordert. Ulrich Schneider bezeichnet, Geschäftsführer des Paritätischen, das „moderne“ Bürgergeld als einen „schlechten Witz“ und ist empört, dass es keinen weiteren Hilfen für Menschen in der Grundsicherung geben soll.

„Die Ampel löst ihr vollmundiges Versprechen nicht ein, Hartz IV zu überwinden.“ (Jessica Tatti, Linke)

Hetze von CDU, CSU und AfD

Selbst dieses Reförmchen wird von den neoliberalen Parteien rechtsaußen angegriffen, weil das Bürgergeld angeblich die „Nichtarbeit attraktiver“ mache, die bisherigen Sanktionen abmildere und „Respektlosigkeit gegenüber Arbeitslosen und Steuerzahlern ausdrücke“. Damit können nicht deutsche Millionäre und Milliardäre gemeint sein, deren Reichtum nicht auf eigener Leistung, sondern auf der Aneignung des Reichtums beruht, den Millionen Menschen mit ihrer Arbeit jährlich schaffen. In Deutschland besitzen allein 134 Milliardäre 555 Milliarden Euro (Handelsblatt), das Privatvermögen deutscher Haushalte mit Bargeld, Wertpapieren und Versicherungen beträgt aktuell rund 7,5 Billionen, d.h. 7.500 Milliarden Euro (Dt. Bundesbank). Selbst wenn Energieunternehmen wie Uniper in der aktuellen Krise pleite gehen und mit viel Steuergeldern verstaatlicht werden, dürfen ihre Vorstände weiterhin jedes Jahr Bezüge von mehreren Millionen einstreichen. Im Interesse dieser Abzocke und einer verschärften Armutspolitik in der Krise betreiben CDU/CSU und AfD ihre Hetze gegen Hartz-IV-Bezieher und deren Kinder!



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg

Einladung:

Die Reutlinger **Bundestagsabgeordnete Jessica Tatti (MdB)** spricht zur Situation im Bundestag und in der Links-Fraktion. Sie ist arbeitsmarkt- und sozialpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag. Schwerpunkte werden **der „Doppelwums“ von Olaf Scholz und das neue „Bürgergeld“** sein. Außerdem werden wir über die Lage der Linken im Bundestag und in den Ländern diskutieren. Dazu möchten wir alle Mitglieder und Interessierte an der Linken in Rottenburg herzlich einladen:

Donnerstag, den 27. Oktober ab 18.30 Einlass im AWO-Heim (Moriz-Platz 7, Kernstadt)

Erweiterung des Baggersees: Rottenburg gefährdet Trinkwasser-Versorgung Was ist der Verwaltung der Naturschutz noch wert?

Zahlreiche Einwohner und Stadträte waren Ende August über einen Zeitungsartikel empört: Das Sand- und Kieswerk Bisschoff will den Baggersee zwischen Rottenburg und Hirschau für zehn Jahre um neun Hektar erweitern. Im Erweiterungsgebiet gewinnen die Tübinger Stadtwerke (Gehrnfeld-Brunnen) und die Ammertal-Schönbuch-Gruppe mithilfe mehrerer Brunnen Trinkwasser auch für einige Rottenburger Stadtteile. Beide haben vehement gegen diese Erweiterung protestiert, da diese das Grundwasser in diesem Gebiet stark gefährdet, vor allem durch die LKW-Fahrten quer durch das Wasserschutzgebiet – Verunreinigung durch Ölverlust oder Auslaufen von Diesel ins Erdreich.

In einem Teil der Baggersees und des anliegenden Naturschutzgebietes brüten viele Vogelarten. Deshalb sprach sich viele Stadträte in Rottenburgs Gemeinderat kürzlich gegen die Ansiedlung von Gewerbe auf diesem Gelände aus. Umso unverständlicher war jetzt, dass Rottenburgs Verwaltung die Erweiterung des Baggersees nicht auf die Tagesordnung des Gemeinderats setzte und ihn dazu Stellung nehmen ließ. Denn bis zum 19. September lagen die Unterlagen beim Landratsamt deshalb aus.

Dr. Emanuel Peter

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Ölschieferabbau in Dotternhausen/Dormettingen

Entlang der Schwäbischen Alb liegt ein großes Vorkommen an oberflächennahem Posidonienschiefer (Ölschiefer). Im Balinger Umland enthält er einen Kerogenanteil (Vorstufe von Erdöl) von bis zu 20 %. Im Januar 1944 wurde das KZ Dormettingen (Nachbargemeinde von Dotternhausen) ein Außenlager des KZ Natzweiler-Struthof, im Zuge des Unternehmens „Wüste“ aufgebaut. Dort wurde im Rahmen des Mineralölsicherungsplans Öl aus Ölschiefer gewonnen. Rund 428 Häftlinge mussten unter katastrophalen Bedingungen Zwangsarbeit verrichten. Mindestens 20 Häftlinge starben.

Nach dem Krieg wurde südlich von Dormettingen bis ins Jahr 2000 zunächst von der Zementfirma Rohrbach, danach vom Zementkonzern Holcim Ölschiefer abgebaut.

In Deutschland wird nur hier, am Fuße der Schwäbischen Alb Ölschiefer abgebaut. Holcim nutzt Ölschiefer in doppelter Weise, zum einen zur Stromerzeugung für das Zementwerk und zum anderen werden große Teile des Ölschieferabbrandes in die Schweiz exportiert und dort dem Portlandzement beigemischt und dann als Zementsorte Optimo verkauft.

Der Konzern behauptet, diese Sorten hätten eine deutlich bessere CO₂-Bilanz als herkömmliche Portlandzemente. Diese Aussage ist Unsinn und eine böswillige Irreführung der Kunden. Die katastrophale CO₂-Bilanz bei der Verbrennung von Ölschiefer zur Stromgewinnung im Zementwerk Dotternhausen wird einfach weggelassen, also arglistig verschwiegen.

Fakt ist, dass die Emissionsbilanz von CO₂ bei Ölschiefer gegenüber konventionell gefördertem Erdöl rund 75% höher liegt. Oder anders ausgedrückt: Für die Produktion der gleichen Menge Strom mit Ölschiefer wird 75% mehr CO₂ in die Luft geblasen als bei Erdöl!

Hinzu kommt, bei der Verbrennung von Ölschiefer bleiben Rückstände, Schlacken und Aschen übrig, die zum Teil mit Schwermetallen, wie Blei, Zink, Cadmium, Chrom, aber auch Uran und Vanadium und wassergefährdenden Stoffen, Phenolen sowie Schwefelverbindungen angereichert sein können. Wo verbleiben diese Schadstoffe bei der Verbrennung? Diese Frage bleibt bis heute unbeantwortet.

Vor Ort bedeutet das: die nicht unerhebliche Umweltbelastung durch die Verbrennung des Ölschiefers zur Stromerzeugung fällt in der Region um Dotternhausen an. Durch den Export des gebrannten Ölschiefers in die Schweiz und die dortige Weiterverarbeitung verbleibt aber der größte Teil der Wertschöpfung und die Versteuerung in der Schweiz. Anders ausgedrückt: der Dreck bleibt in Dotternhausen und Dormettingen, der Gewinn fließt ab nach Zug in die Schweiz (Hauptsitz von Holcim).

Trickserei bei der Gesamt-CO₂-Bilanz des Zementwerks Dotternhausen

Die Firma Holcim hat die Produktion von Zement und den dazu betriebenen Ölschieferabbau und -verschmelzung zur Energieerzeugung 2005 in zwei Unternehmen aufgeteilt. Durch diese Aufteilung wird das Werk in Dotternhausen nicht als Großkraftwerk eingestuft, mit deutlich strengeren Grenzwerten. Des Weiteren sind nun zwei unterschiedliche Behörden für die Bewertung u.a. auch der umweltrelevanten Aspekte (CO₂- und Giftstoffausstoß) zuständig. Für die Bewertung des Abbaus und die Verschmelzung des Ölschiefers ist es das Regierungspräsidium Freiburg, dieses hat auch vor vielen Jahren einen Grenzwert für die

Emissionen relativ willkürlich festgelegt und seither nicht mehr verändert. Daher ist Holcim auch nicht zur detaillierten Offenlegung der Emissionen verpflichtet. Für die Bewertung der Emissionen aus der Zementproduktion ist das Regierungspräsidium Tübingen zuständig. Dadurch werden nur Teilaspekte der gesamten Zementproduktion bewertet. Hier könnte nur eine umfassende Umweltverträglichkeitsprüfung endlich Klarheit über die Gesamtemissionen des Konzerns bringen.



(Gastbeitrag von Michael Schilling)

FDP: Fracking löst deutsche Energieprobleme Gefahr für Natur und menschliche Gesundheit

Wie ein Zauberer im Zirkus mit seinem Kaninchen aus dem schwarzen Zylinder verspricht Michael Theurer, (FDP-Bundestagsmitglied aus Horb, stellvertretender Parteivorsitzender) die Lösung der Energiekrise: Für die FDP stehe "die sichere und verlässliche Rohstoff- und Energieversorgung Deutschlands im Mittelpunkt". Sie bilde die Grundlage für Wohlstand. Mit diesem Vorstoß, will er das Fracking-Verbot seit 2016 aushebeln und bekommt Beistand von Tübingens Landrat Walter. Theurer macht sich damit zum Lobbyisten und Sprachrohr des Bundesverbandes Erdgas, Erdöl und Geo-Energie, dessen Hauptgeschäftsführer Möhring Gesetzesänderungen fordert. Dagegen weisen Geowissenschaftler darauf hin, dass beim Fracking Grundwasserschichten durchdrungen werden und so unser Grundwasser gefährdet wird. Aber die Energie-Krise und der Ukraine-Krieg sollen's möglich machen, wie bei Atomkraftwerken erkämpfte Schutzmaßnahmen gegen die Klimazerstörung einzureißen.

Konventionell – Unkonventionell

Zur Gewinnung von Erdöl oder Erdgas wird die Fracking-Technologie schon seit den 40er Jahren in den USA angewandt. Dabei wird Wasser mit einem Gemisch einiger Chemikalien bis zu 3.000 Meter ins Erdreich gepresst, um den Untergrund „aufzubrechen“ und Gas oder Öl nach oben zu befördern. In Niedersachsen mit dem größten deutschen Gasvorkommen geschieht dies seit den 50er Jahren als „konventionelles“ Fracking, weil es sich hier um durchlässigen Sandstein handelt. Beim „unkonventionellen“ Fracking geht es um sehr hartes Gestein wie Schiefer-, Ton, Mergel- oder Kohleflöze, wo Millionen Liter des gefährlichen Gemischs in Tiefen bis über 3.000 Metern gepresst werden. Man schätzt die deutschen Vorkommen auf 1,3 Billionen Kubikmeter förderbares Gas. 2016 hatte Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) ein Verbot der unkonventionellen Methode durchgesetzt: „Der Schutz unseres Trinkwassers und unserer Naturlandschaft steht klar über den wirtschaftlichen Interessen.“ Noch 2015 sprachen sich Strobl und Jung (beide CDU) vehement gegen Fracking aus: „Kein Fracking am Bodensee und überall absolute Priorität für Wasser und Gesundheit.“ Auch im Einzugsbereich von Brauereien und Mineralbrunnen solle es vollständig und für immer verboten werden (Homepage CDU-Bezirksvorsitzende). Jetzt trommelt Michael Theurer (FDP): „Die unkonventionelle Förderung von Erdgas bietet nicht nur eine Chance für Versorgungssicherheit, sondern auch für die Energiewende.“ Dabei wird der Teufel mit dem Belzebug ausgetrieben!

Fracking gefährdet die Natur

Angesichts der anhaltenden Dürre in diesem Jahr titelte die Südwestpresse „128 Liter Wasser verbraucht jeder Deutsche durchschnittlich am Tag.“ (3.9.2022) Kein Wort zum Industrieverbrauch, geschweige denn beim Fracking: Jede Bohrung benötigt rund 10.000 Kubikmeter Wasser, heißt: 10 Millionen Wasser! In Pennsylvania/ USA ist die tägliche Wasserentnahme für die Marcellus-Shale-Play Bohrstelle auf 23 Mio. Liter begrenzt. Laut Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe ist ein Bohrloch nach höchstens zwei Jahren erschöpft. Profitabel sind Anlagen nur, wenn sie aus mindestens acht Bohrlöchern bestehen – und damit das Grundwasser ganzer Regionen gefährden. Umwelt-Gefahren treten vor allem durch den Rückfluss des Wassergemischs an die Oberfläche und durch undichte Rohrleitungen auf, wie z.B. durch Exxon Mobil im Gasfeld Söhlingen/ Niedersachsen 2007. Denn ein Teil der 3-12 Chemikalien sind krebserregend, in den USA wurden 2005-2009 über 43 Mio. Liter Chemikalien benutzt! Besonders gefährlich ist auch das Entweichen von Methan – ein Treibhausgas, das vielfach gefährlicher als Kohlendioxid ist. Beim unkonventionellen Fracking ist das Entweichen nach der eigentlichen Bohrung durch den Rückfluss 20 mal höher als beim konventionellen Fracking.

Menschliche Gesundheit

Die Rückflüsse des Bohrwassers mit ihren vielen Zusätzen kontaminieren das Grund- und Oberflächenwasser und die menschliche Fortpflanzung. Besonders gefährlich und nachgewiesen ist die Freisetzung von Radon durch Fracking aus unkonventionellen Lagerstätten, es erregt Lungenkrebs. Die Kontamination von Luft und Grundwasser mit BTEX - einer Abkürzung für aromatische Kohlenwasserstoffe Toluol, Ethylbenzol, Xylol und Benzol - letzteres ist für Blut- und Knochenmarkskrebs verantwortlich. Es wurde für einen ungewöhnlichen Anstieg von Krebserkrankungen in Rotenburg/ Niedersachsen, einem großen Zentrum für Erdgasförderung, verdächtigt.

Wie schrieb das Handelsblatt kürzlich: „Gas, Öl, Lieferketten – Wie globale Monopolkonzerne unseren Wohlstand abschöpfen. Mit riesigen Kartellen stecken Großmächte ihren Einfluss ab – damit gewinnen sie in jeder Krise. Die Rechnung bezahlen europäische Verbraucher.“ (7.10.2022)

Angesichts des starken Eingriffs in die Natur, des enormen Wasserverbrauchs und der Gesundheitsgefährdung sollte ein generelles Verbot sämtlicher Fracking-Methoden selbstverständlich sein, wie es der BUND und DIE LINKE seit Langem fordern.

Dr. Emanuel Peter

Kurz und bündig

Hausgemachter Lehrermangel

Zu Schuljahresanfang fehlen bundesweit rund 40.000 Lehrkräfte, im Ländle besonders an Grundschulen und an SBBZ (Schulen mit sonderpädagogischen Förderbedarf). Vor den Sommerferien hatte die Landesregierung über 4.000 angestellte Lehrkräfte entlassen und weiteren gut ausgebildeten 4.000 Studienreferendaren keine Beschäftigung angeboten. Darin ist das Ländle bundesweit Spitze und hat es in die überregionale Presse geschafft. Jörg Bischoff (Grüne) begründete diesen Skandal im Gemeinderat damit, dass es keine Entlassungen seien, sondern diese Lehrkräfte so schlechte Noten hätten, dass sie nicht ins Beamtenverhältnis übernommen werden können. Vielleicht liegt es aber auch daran, dass die Landesregierung die gesparten 15 Millionen Euro einfach braucht, um damit den Ausstellungspavillon im Wert von 15 Mio. Euro zu bezahlen, den Hoffmeister-Kraut Dubai geschenkt hat.

Geheimniskrämerei ums Flugfeld - Wo bleibt die Transparenz?

Im Februar diesen Jahres erhielt der Rottenburger Gemeinderat die Information über ein studentisches Übungsprojekt zum Flugfeld bei Baisingen und Eutingen. Die Studierenden der Fachhochschule Nürtingen würden sich „Gedanken“ über eine mögliche Nutzung des rund 40 Hektar großen Geländes machen. Auf kritische Nachfrage im Gemeinderat wer dies und mit welcher Intention veranlasst habe, wurde das Thema heruntergespielt. Es handele sich um rein studentische Arbeiten (Bachelor) und die Ergebnisse würden noch vor der Sommerpause vorgestellt.

Erst auf Nachfrage in der Gemeinderatssitzung Ende September wurde mitgeteilt, dass am 18. Oktober 2022 eine Vorstellung im Eutingen Gemeinderat erfolgen soll und im Anschluss auf Rottenburger Seite informiert werden würde. Schon diese Reihenfolge allein ist fragwürdig. Wer ist hier Auftraggeber und wer Empfänger? Doch nun findet sich auf der Tagesordnung vom 18.10. des Eutingen Gemeinderats nichts zu diesem Thema. Was ist da los? Warum wird zuerst alles heruntergespielt, erst auf Nachfrage nur teilweise Information zugesichert und jetzt wieder gar nichts gewährt? Liegt dies an den Gerüchten, dass die DHL ihr Zentrum auf der Eutingen Gemarkung des Flugfelds noch einmal erweitern und Norma sein Logistik-Zentrallager ausbauen will?

Von Rottenburger Seite wurde vertraglich zugesichert, dass auf dem Gelände kein Großbetrieb und erst recht kein Logistiker angesiedelt werden darf. Die von der Stadtverwaltung Rottenburg veranlasste Änderung des Regionalplans sollte doch erst kommende Generationen betreffen!

Was sollen diese Verwirrspiele und diese Geheimniskrämereien?

Die hochliegende Fläche Flugfeld ist einmalig und unabdingbar für die Versickerung von Regenwasser, wichtigste Frischluftschneise für die Ergenzinger Bevölkerung, Rastgebiet für Zugvögel und ein Naherholungsgebiet für alle umliegenden Gemeinden.

Die Bevölkerung wird sich zu wehren wissen!



Marlene Fischer
Gemeinderätin
„DIE LINKE“
Rottenburg - Ergenzingen

Rechtlich zwingend

Die Entscheidung der Bundesregierung und der EU, die Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine nach der sog. Massenzustromsrichtlinie aufzunehmen, war richtig. Die Alternative wäre gewesen - wie beim „normalen“ Umgang mit Flüchtlingen aus anderen Regionen dieser Welt - die Grenzen möglichst dicht zu machen und die, die trotzdem durchkommen, in ein Asylverfahren zu zwingen. Doch was für ein politisches Signal wäre das gewesen?

Nach dem Aufenthaltsgesetz haben alle Menschen, die ein Aufenthaltsrecht erhalten, auch Anspruch auf reguläre Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch, wenn sie ihren Lebensunterhalt nicht selbst sichern können, also in dem Fall auch die Flüchtlinge aus der Ukraine von Anfang an. Das ist zwar zunächst nicht bemerkt worden und es musste ein aufwendiger Rechtskreiswechsel durchgeführt werden, aber es ist halt rechtlich zwingend. Leider wird dies von konservativer Seite bereits wieder politisch angegriffen. So mutmaßte auch Landrat Walter, dass die große Zahl von ukrainischen Flüchtlingen mit den in Deutschland gewährten Sozialleistungen zu tun habe und forderte deren Rücknahme. Und Friedrich Merz holte die verbale Keule heraus und unterstellte den ukrainischen Flüchtlingen „Sozialtourismus“. Fakten dafür hatte er keine, aber Hauptsache herausposaunt.

Wäre es nicht besser, dass alle alles Mögliche dafür tun, dass dieser Krieg so schnell wie möglich wieder aufhört und dass dort eine allseits erträgliche Verhandlungslösung gefunden wird, als gegen die in Deutschland gewährten Hilfen zu stänkern? Damit möglichst bald möglichst viele dieser Menschen wieder zurück in ihre Heimat gehen können. Die von Walter, Merz und anderen angestoßene Debatte über die Sozialleistungen birgt die Gefahr in sich, dass in der jetzigen Krisenzeit eine neue Neiddebatte stimuliert wird, die bedürftige Gruppen von Menschen gegeneinander in Stellung bringt. Wem aber hilft das?

Und was bitte, Herr Walter, soll denn die Kürzung von Sozialleistungen wirklich bei der Lösung der akuten Probleme bei der Unterbringung der Geflüchteten helfen? Wir plädieren dafür, die begonnenen großen Anstrengungen fortzusetzen. Bleibt die Frage nach der Gleichbehandlung: Die Schlechterbehandlung aller anderen Geflüchteten, die häufig auch aus Kriegsregionen kommen, im Unterschied zu denen aus der Ukraine, ist auf allen Ebenen eklatant. Aber das ist ein anderes Thema.

Andreas Linder (Kreisecke DIE LINKE)

Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land! **Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land!** **Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land!**

Sprachkitas weiterführen!

Das Thema „Sprachförderung von Kindern mit oder ohne Migrationshintergrund“ hat für unseren Beirat eine sehr große Bedeutung.

Sprache begleitet und beeinflusst unser Leben – besonders in frühen Jahren legt die Sprachentwicklung elementare Grundsteine zur Persönlichkeitsentwicklung. Während der Zeit in Krippe und Kindergarten erweitern Kinder permanent ihren Wortschatz und ihre Sprachkompetenz. Kindergärten sind für Kinder mit Deutsch als Zweitsprache oder Drittsprache oft der erste Ort, an dem sie Deutsch sprechen lernen können. Durch das wegfallende Programm sind in Rottenburg mehrere Kindergärten betroffen.

Für mich ist das zudem ein sehr emotionales Thema, da es auch mein Leben, gerade als Betroffener begleitet hat. Dass ich heute Reden lesen oder frei halten kann, verdanke ich zu großen Teilen den einzelnen Programmen und der Unterstützung der Schulen und Mentor*innen, die mir die Möglichkeiten der Sprachförderung zu Teil werden ließen. Die Sprachförderung hilft nicht nur Kindern mit Migrationshintergrund, sondern auch den Kindern die eine Sprachentwicklungsstörung haben, die wir hier mitdenken wollen und müssen.

Die Verlängerung der Sprachförderung um nur ein weiteres halbes Jahr ist nicht ausreichend. Die Sprachförderung muss in allen Bereichen der Bildungseinrichtungen, ob Kitas, Schulen oder freien Trägern, beispielsweise der VHS weiter und konstant gefördert werden. In einem Bildungs- und Sozialstaat ist es die Aufgabe des Staates, allen Menschen die einen Sprachförderbedarf haben; besonders Menschen in jüngeren Jahren, Sprachförderung anzubieten.

Wir als Gesellschaft haben bisher viel zur sozialen Teilhabe von Menschen mit Migrations – oder Fluchthintergrund beitragen können, haben aus Fehlern gelernt und Erfahrungen in Form einer gelebten Willkommenskultur eingebunden, aber eines hat sich bislang nicht ausreichend verbessert: Seit Jahrzehnten diskutieren wir in unserem Staat und in der Stadt über Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit. Es ist die große Konstante der Bildungspolitik: Noch immer hängt Bildungserfolg stark – ja wir könnten sagen: zu stark! – von der sozialen Herkunft ab.

Manche Eltern oder Elternteile sprechen kein Deutsch und sind auch in ihrer Muttersprache Analphabeten. Diese Menschen haben noch größere Schwierigkeiten, in Deutschland zurechtzukommen. Oft fehlt die Brücke zwischen den Kindertagesstätten, der Schule und der Familie. Hier zeigt sich in besonderem Maße, welche Folgen eine unzureichende Sprachförderung haben wird. Die Kinder dieser Eltern werden von Beginn an in ihrer Lernentwicklung derart eingeschränkt sein, dass sie dies im späteren Leben nur mit größten Anstrengungen werden aufholen können. Möglicherweise wird sich dieses Defizit durch ihre gesamte Lebensbiographie ziehen.

Es bringt uns auch nichts, wenn die Förderung erst ab einem Anteil von mehr als 50% der Kinder mit Migrationshintergrund in der Kita greift und werden eigentlich Kinder mit Sprachbehinderung bei dieser Quotierung mitgezählt?

Wir möchten nochmals darauf hinweisen, dass durch Bildung und Sprachförderung, besonders in frühen Jahren der Grundstein für Chancengerechtigkeit gelegt wird.

Dies ist unser Ziel, das wir nicht aus den Augen verlieren dürfen.

Durch den Wegfall des Förderprogramms der Sprach-Kitas lässt man nicht nur die Stadtverwaltung, das Kulturamt mit diesen Problemen im Stich, sondern auch die Eltern und Angehörigen und selbstredend besonders die Betroffenen, die täglich mit diesen Lasten zu kämpfen haben.

Deshalb bitten wir die Bundesregierung eingehend, ihre Entscheidung zu überdenken, um klarzumachen, dass eine Förderung aus besagten Gründen anhaltenden Bestand haben muss. Wir fordern zudem, dass die Förderung ab einem Anteil von Kindern mit Migrations- oder Fluchthintergrund von 30 % greift und möchten hierbei auch eine Berücksichtigung von Kindern mit Sprachentwicklungsstörungen oder Behinderungen anregen. Es ist eine zwingend notwendige und gemeinschaftliche Aufgabe, diese Benachteiligung zu überwinden.

Das alles, wir wissen es wohl, bringt Aufwand, es bringt auch Mühe und erhebliche Kosten mit sich. Aber es ist der Anspruch, den eine Gesellschaft die für Alle da ist haben muss.

(Integrationsbeirat Rottenburg, vorgetragen von Pietro Scalera im Gemeinderat)

Je stärker **DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Je stärker **DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Je stärker **DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Stuttgarter Schulpolitik: Verheerende Ergebnisse

Seit zehn Jahren hausgemachte Fehler

Schlechte Noten teilt das Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) im neuesten, dritten „Bildungstrend 2021“ an die Kultusministerien an fast alle Bundesländern aus. Besonders die Fähigkeiten beim Lesen, Zuhören, Schreiben und Rechnen der Grundschüler seien überall gesunken – verglichen mit den Ergebnissen von 2011 und 2016, also noch vor der „Flüchtlingswelle“. Gerade mal die Hälfte der Kinder erreichen den Regelstandard, selbst am Mindeststandard in diesen Bereichen scheitern 20 Prozent, im Rechnen sogar 30 Prozent. Das „Ländle“ hat sich seit 2016 in allen Bereichen verschlechtert, das IQB spricht hier von „bedeutsamen negativen Trends“!

Der Kommentar von Kultusministerin Theresa Schopper (Grüne): „Wir laufen Gefahr, dass wir einen Teil der Kinder als funktionelle Analphabeten aus der Grundschule (!) entlassen.“ Fehlen die Grundlagen in den ersten Jahre ab der Kita, setzen sich Lücken und Misserfolge fort. Das zeigt sich an den Ergebnissen der Vera-Studie, die ein Jahr später nach den Tests der IQB-Studie unter Achtklässlern durchgeführt wurde: 32 Prozent erreichten die Mindeststandards im Rechnen nicht, 19 Prozent im Schreiben. Nur im Lesen waren es 13 Prozent, die scheiterten.

Falscher Lokalpatriotismus

„Wir können alles außer Hochdeutsch“. Mit diesem arroganten Lokalpatriotismus hat die Landespolitik seit Jahrzehnten ihre Fehler vertuscht. Jetzt werden die verheerenden Ergebnisse auf den hohen Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund zurückgeführt – „Schuldige“ gefunden?!

Tatsache ist, dass die Zahl der Studienplätze für Grundschulen lange Zeit nicht erhöht wurden. **Laut GEW-Landesvorsitzender Monika Stein hat das Ländle nach elf Jahren grün geführter Regierung das schlechteste Lehrkraft-Schüler-Verhältnis bundesweit.** Der Sprachunterricht in den Kitas wird als „Schlüssel zum Erfolg“ in Sonntagsreden beklatscht, aber sie laufen zum Ende dieses Jahres aus!!!

Rottenburgs Stadtrat Dr. Peter (Die Linke) fragte beim Schulamt, welche Lernerfolge an den Grundschulen mit dem Einsatz von digitalen Medien gemacht wurden. Antwort des Regierungspräsidiums: „Um den Lernerfolg mit digitalen Medien bewerten zu können, bedarf es Untersuchungen und Vergleichsschulen. Hierzu liegen uns keine Kenntnisse vor.“ Da die Landesregierung für die Digitalausstattung der Schulen nur eine „Anschubfinanzierung“ beschloss, zahlen die Kommunen seit mehrere Jahren Millionenbeträge für neue Geräte und Wartung. Offensichtlich weiß das Kultusministerium immer noch nicht, dass der Lernerfolg bei jüngeren Kindern zuallererst von der emotionalen Zuwendung durch Lehrkräfte und nicht durch Apparate stattfindet.

Alte Fehler

Tatsache ist, dass bereits unter den Kultusministerinnen Schavan und Eisenmann die Krise der Hauptschule jahrelang vertuscht wurde, bis landesweit die Rektoren dieser Schulart rebellierten und Reformen einforderten. Die Werkrealschulen, aber vor allem der erfolgreiche Schultyp Gemeinschaftsschule sind Erfolge dieses Protests. Nur: **Im Koalitionsvertrag verbietet die grün-schwarze Koalition jegliche Diskussion über Schulstrukturen.** Gemeinschaftsschulen gibt es weiterhin nicht als „Regelschulen“, sondern nur als Ausnahme.

In den Gymnasien führte Schavan (CDU) ohne jede Vorplanung die acht Jahre ein, angeblich, damit die Lernenden aus dem europäischen Arbeitsmarkt „wettbewerbsfähig“ sind. Das Resultat war ein enormer Leistungsdruck mit hohen Misserfolgen unter den Lernenden, so dass das Ländle bundesweit eins der letzten Bundesländer ist, das noch keine Rückkehr zum neun-jährigen Gymnasium beschlossen hat. Tatsächliche Absicht von Schavan war, die notwendige Lehrerzahl für die geburtenstarken Schülerjahrgänge zu kürzen. Deshalb wurden die Leistungskurse in der Oberstufe, die kleinere Gruppen hatten, ersatzlos gestrichen.

Der Gipfel ist die Stuttgarter Einstellungspolitik: Rund 4.000 gut ausgebildete Referendare werden arbeitslos in die Sommerferien entlassen, ebenso viele befristet angestellte Lehrkräfte. Damit sollen 15 Mio. Euro eingespart werden. Das Ergebnis: Seit Schulbeginn fehlen wieder überall im Ländle hunderte Lehrkräfte, besonders an Grundschulen und fast 40 Prozent in sonderpädagogischen Einrichtungen. Doch die Schulverwaltung weiß nicht genau, wie viele, in welchen Fächern und wo. Jahrelang hatte Ex-Ministerin Eisenmann (CDU) die Erhebung genauer Zahlen über Unterrichtsausfall verhindert, bis Eltern und Lehrerverbände dies durchsetzen konnten.

>>>



Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Bildungsdebatte eröffnen

Für die Entwicklung unserer Gesellschaft ist es höchste Zeit, dass eine öffentliche Debatte über die Bildungspolitik stattfindet. Sie muss ausgehen von der Sicht der Kinder und einer erfolgreichen Bildungsbiographie für ihr Leben. Das bedeutet, dass der Bildungsauftrag des Orientierungsplans für die Kinderbetreuung am Anfang stehen muss, der Erzieherberuf stark aufgewertet und der Übergang von Kitas in die Schulen verbessert werden muss. Auch der Fachkräftemangel lässt sich nicht durch die Abwerbung ausländischer Arbeitskräfte beheben, sondern nur durch Investitionen in unsere Kinder, besonders in über zwei Millionen Kinder, die im viertreichsten Land der Welt gezwungen sind, in Armut aufzuwachsen.

Denn: „Soziale Herkunft bestimmt Bildungserfolg noch zu stark.“ (Ministerin Schopper zur IQB-Studie)



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg



Bürgerentscheid zum Schlachthof beschlossen

Zähneknirschend stimmten viele Fraktionen im Gemeinderat dem Bürgerentscheid über den Rottenburger Schlachthof am 22. Januar 2023 zu, nachdem die Vertreter der Initiative zur Erhaltung des Schlachthofs ihre Argumente vortragen konnten: Der Schlachthof ist für das Überleben kleiner Betriebe, für das Metzger-Handwerk, für die regionale Ernährung und das Tierwohl aufgrund der kurzen Wege und Wartezeiten ein Muss. Außerdem hatte die Initiative ein eigenes Gutachten über die Qualität des jetzigen Schlachthofs erstellen lassen, das OB Neher gleich schlecht zu machen versuchte. Zudem attackierte er Herrn Kemmer vom Landratsamt, wenn dieser nur den Minimalstandard und nicht den „obersten Standard für Tierwohl“ berücksichtige. Außerdem beleidigte er Dr. Peter (Die Linke) als Lügner, als dieser ihn an seine Zusage in der vorletzten GR-Sitzung erinnerte, dessen Fragen zum Schlachthof zu beantworten.

Die CDU lehnte den Bürgerentscheid glatt ab, die SPD hielt die 300.00 Euro Rottenburgs für Gärtringen nach wie vor für richtig, stimmte aber für den Bürgerentscheid. Ebenso die Grünen.

Wir drucken hier den Leserbrief von Franziska Rauser ab, die auf die merkwürdige Doppelrolle des Büros Falkenstein hinweist:

„In der Gemeinderatssitzung am 27.09. wurde die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens beraten. Mehrfach wies OB Neher darauf hin, dass keine inhaltliche Diskussion stattfindet -unser Projektplan durfte nicht gezeigt werden. Da dank aufmerksamer Berichterstattung wertende Aussagen über die Planungen der Fa. Falkenstein und unser Konzeptbüro den Weg in die Zeitung schafften, ist einiges anzumerken. Das Büro Falkenstein hat 2020 ohne Vor-Ort-Begehung mit alten und unvoreilhaftigen Bildern aus dem Schlachthof eine Objekteinschätzung des Schlachthofes geliefert. Die zweite Version, nach Besichtigung des Gebäudes brachte dann die stattliche Investitionssumme von 5.730.000€ hervor. Der aktuelle Bericht, gleiches Vorgehen wie unser Büro Schwan (auch Planer des angedachten Neubaus) mit aktuellen Bildern und mit dem Hinweis, seit 2020 habe sich nicht viel verändert, ergab eine geringere Investitionssumme: 5.635.000 €. Weniger Kosten trotz erhöhtem Raumbedarf, zusätzliche Neubauten und enormen Preissteigerungen – und Falkenstein ist auch das Planungsbüro für Gärtringen! Über die Intentionen der Auftraggeber*in und Ingenieur*innen darf nachgedacht werden. (K)ein Schelm, der Böses dabei denkt?“

(Gastbeitrag von Franziska Rauser vom Bioland-Hof)



Deutsche Treibhausgase

Nur 30 der zehntausende Betriebe in Deutschland verursachen 36 Prozent aller Treibhausgasemissionen – verglichen mit den Millionen PKW, die 2018 für rund 14 Prozent der Emissionen verantwortlich waren. Unter den Betrieben stechen Energiekonzerne wie RWE und Lausitz-Energie Kraftwerke hervor, die Auto- und Stahlindustrie wie Thyssen-Krupp und Volkswagen, aber auch das Chemiekonzern BASF und die beiden Zementhersteller Heidelberg Cement und Holcim/ Dotternhausen. Für letzteren hat das Regierungspräsidium Tübingen unter Führung von Klaus Tappeser mit unzähligen Sondergenehmigungen dafür gesorgt, dass bis heute für die Verbrennung von Sonder- und Giftmüll keinerlei neue Luftfilteranlagen eingebaut werden müssen. Das würde ja den Milliarden-Profit schmälern.

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

„A klois Scheitle Holz, bitte!“

Was habe ich ihm getan? Warum liefert er mir kein Brennholz mehr? Habe ich ihn mit Sanktionen belegt? - Ohne Holz im Ofen keine Wärme im Zimmer. Mich friert's jetzt schon. Meine Nase trieft in Vorahnung. Bibbernd ängstige ich mich vor kalten Wintertagen.

Ich erwarte gar nicht, dass er mir jedes Scheid und jedes Rugele auf einem Kissen anliefert. Wenn er mir das Holz nur einfach vors Haus kippen würde, wäre ich schon überglücklich.

Was habe ich falsch gemacht? Die Rechnungen habe ich immer aufgerundet und pünktlich bezahlt. Gutes Geld gegen gute Ware. So wie es unter guten Kaufleuten üblich ist. Dass ich kein Trinkgeld gegeben habe, war ein Fehler. Aber Trinkgeld für den Chef?

Wenn ich bis zum Wintereinbruch kein Holz bekommen, muss ich mir etwas einfallen lassen. In meiner Bastelwerkstatt finden sich sicherlich noch einige Holzreste. Reicht aber höchstens für zwei angewärmte Tage.

Wo sind die Alternativen? Ich könnte die Massivholzmöbel zersägen, und verbrennen. Wo bleibt die Wohnkultur? Ich könnte die Zaunlatten verheizen. Wo bleibt die Sicherheit vor Eindringlingen? Ja, ich könnte das Gartentörle erhalten und so tun, als gäbe es noch einen Zaun. Ich könnte die Bohnenstangen verheizen. Ein Angriff auf die eigene Ernährungsgrundlage

Ich bin mir besonders schlau vorgekommen, als ich mich für einen Kachelofen-

einsatz entschieden habe: macht warm, ich kann ein Süppchen darin warm machen und - Holz gibt's immer. War wohl ein Trugschluss.

Zu illegalen Massnahmen werde ich nicht greifen. Das Eigentum der Nachbarn und deren Wertschätzung ist mir zu wichtig. Sie um eine milde Gabe flehentlich zu bitten, könnte ich mir schon vorstellen: A klois Scheitel Holz, bitte. Ich könnte mir auch vorstellen, sie zu fragen, ob sie mir ein



Stündchen "Wärmeasyl" zum Auftauen gewähren.

Gas, Öl und Holz sind Mittel zu politischer Erpressung oder feiner ausgedrückt "zu geopolitischer Umstrukturierung". Hören Sie auch das Flennen der großen Strategen in Politik und Wirtschaft? "Die haben mir mein Spielzeug weggenommen." - Wenn es doch nur Spielzeug wäre!

Früher konnte ich meinen Holzlieferanten auf dessen moralische Integrität prüfen. Diesen Luxus kann ich mir nicht mehr leisten. Jetzt muss es mir egal sein, wie er mit Frau und Kind umgeht. Aber warum eigentlich? Was ist von einer Moral zu

halten, die ohne Maßstab handelt? Was ist von (westlichen!) Werten zu halten, die jeweils nach Interessenlage zusammengestastelt werden?

Um die Sache herunterzuschrauben: Sie erinnern sich noch an die Zeit, als Gas als Heizstoff empfohlen wurde, weil umweltschonender. Heute sind Gasverbraucher Kriegsfinanzierer und Putin-Versteher. Andere Despoten kommen ungeschoren weg. Wir brauchen ja deren Öl und Gas. Wegschauen ist dann die Devise.

Wo bleibt der Brennholzlieferzwang? Brennholz aus ehrlichem Rammertholz statt Öl und Gas aus Saudi-Arabien. Wo bleibt der Brennholz-Bezugsschein?

...

Wer jetzt kein Haus hat, baut sich keines mehr.

Wer jetzt allein ist, wird es lange bleiben,
wird wachen, lesen, lange Briefe schreiben
und wird in den Alleen hin und her unruhig wandern, wenn die Blätter treiben.

Herbsttag, Rainer Maria Rilke

Norbert Kern, Wendelsheim

DIE LINKE.

Neues aus dem Neckartal

Termine:

- **Infostand von DIE LINKE auf dem Metzelpfad:**
Samstag, 22. Oktober 2022, 10 - 12 Uhr

- Die Reutlinger Bundestagsabgeordnete der **LINKE**

◇ **Jessica Tati**

spricht zur Lage der **LINKE**

Donnerstag, 27. 10. 2022

Einlass ab 18.30 Uhr

AWO-Heim, Moritz-Platz 7, Kernstadt

Kontakt zu **linksjugend rothenburg:**

facebook.com/solid-rothenburg-a.n.

E-Mail: rothenburg@linksjugend-solid-bw.de



Anregungen und Beiträge richten Sie bitte an

Gemeinderat Dr. Emanuel Peter (EP)

Zieglerweg 3, 72108 Rottenburg

Tel.: 07472 42096, e-mail: emanuelpeter@gmx.de



Redaktion und Gestaltung

Simon Binder (Bi), Teichlenstraße 11,

72108 Rottenburg



Norbert Kern (Ke), Kornbühlstraße 75

72108 Rottenburg - Wendelsheim



V.i.S.d.P.

Hans Jürgen Petersen (Pe), 72108 Rottenburg